



SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG FÜR DEMOKRATIE, RECHTSSTAAT UND MENSCHENRECHTE
SWISS HELSINKI COMMITTEE FOR DEMOCRACY, RULE OF LAW AND HUMAN RIGHTS

Rundbrief

Januar 2014

Am 1. Januar 2014 hat die Schweiz den Vorsitz bei der OSZE für ein Jahr übernommen. Sie führt ihn in enger Zusammenarbeit mit Serbien durch, das 2015 ihre Nachfolge antreten wird. Wir widmen diesen Rundbrief verschiedenen Aktivitäten, die wir uns im Rahmen des schweizerischen Vorsitzes vorgenommen haben, vorab unserer Jahresveranstaltung am 20. März 2014, die das Thema Minderheiten im OSZE-Raum behandelt, und unserem Jugendseminar mit dem Titel "Die Jugend baut mit an einem friedlichen Europa" im September 2014 in Serbien. Die OSZE-Ministertagung wird im Dezember 2014 in Basel stattfinden. Wir nehmen dies zum Anlass für einen Rückblick auf vergangene Gipfel- und Ministerkonferenzen der KSZE/OSZE.

MINDERHEITEN IM OSZE-RAUM

Für ihre Jahresveranstaltung am 20. März 2014 hat die Schweizerische Helsinki Vereinigung (SHV) aus den Schwerpunkten des diesjährigen schweizerischen OSZE-Vorsitzes das Thema Minderheiten ausgewählt. Es ist ein Thema, das auch uns bei unserer Tätigkeit immer wieder beschäftigt und bei dessen Verankerung in der KSZE/OSZE die Schweiz stets aktiv mitgewirkt hat.

So war die Schweiz bereits bei der Aushandlung der 1975 in Helsinki unterzeichneten KSZE-Schlussakte beim Thema Minderheiten unterstützend dabei. Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 mahnte sie an der Konferenz von Kopenhagen "über die Menschliche Dimension" im Juni 1990, dass die Befreiung vom Totalitarismus gleichzeitig alte Minderheitenkonflikte wieder aufleben lassen könnte. Ein schweizerischer Menschenrechtsexperte leitete die Verhandlungen zu Teil IV des Abschlussdokuments, das festhält, Angehörige nationaler Minderheiten sollten ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten in voller Gleichheit vor dem Gesetz ausüben und die Teilnehmerstaaten sollten sich ver-

pflichten, Massnahmen zur Sicherung der Gleichstellung mit andern Staatsangehörigen zu ergreifen. Zudem sollte eine Person das Recht haben, selbst zu entscheiden, ob sie zu einer nationalen Minderheit gehöre oder nicht. Überdies wurden sogenannte individuelle Minderheitenrechte wie Gebrauch der Muttersprache, freie Religionsausübung, Garantie grenzüberschreitender Kontakte zu Angehörigen der eigenen Volksgruppe, Vereinigungsfreiheit, das Recht zur Ausübung kultureller Aktivitäten, Schutz und Förderung nationaler Minderheiten etc. aufgezählt.

Doch bereits in der Pariser Charta für ein Neues Europa, die im Dezember 1990 in Paris unter-

zeichnet wurde, war eine Bestätigung dieses Katalogs nicht mehr möglich. Staaten, die auf ihrem Territorium keine Minderheiten anerkannten, wichen zurück. Nach intensiven Bemühungen der schweizerischen Delegation gelang es immerhin, für 1991 ein Expertentreffen über Minderheiten nach Genf einzuberufen. Hier zeigte sich noch deutlicher, dass der "Höhenflug" von Kopenhagen nicht mehr zu erreichen war. Staaten wie Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, unterstützt vorab von Frankreich, Griechenland und der Türkei, wollten ausdrücklich hinter die Standards von Kopenhagen zurückgehen. So enthält die Schlusserklärung von Genf den Satz, die Staaten "nehmen zur Kenntnis, dass nicht alle ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Unterschiede zur Bildung nationaler Minderheiten führen".

Die in der Folge ausbrechenden Konflikte im OSZE-Raum zeigten indessen nur zu deutlich die Bedeutung der Minderheiten bei diesen Ausei-

nandersetzungen. So kam es, dass der niederländische Vorschlag, in Den Haag die OSZE-Institution eines Hochkommissars für Nationale Minderheiten (HKNM) zu gründen, am Gipfeltreffen von Helsinki 1992 den nötigen Konsens der Teilnehmerstaaten erhielt. In den letzten zwanzig Jahren hat denn der HKNM auch eine grosse Leistung erbracht. Aber bis heute ist offensichtlich, dass der Begriff "nationale Minderheiten" zu kurz greift und in Konflikten resp. bei deren Bewältigung auch andere Minderheiten betroffen sein können und "Schutz" allein zur Konfliktbewältigung oft nicht genügt. Diesem Thema wollen wir uns an unserer Jahresveranstaltung mit kompetenten Expertinnen und Experten widmen (siehe Rückseite dieses Rundbriefes).

Dr. iur. Marianne von Grünigen
Präsidentin

INTERNATIONALER SCHUTZ VON NATIONALEN MINDERHEITEN

Seit etwa zwei Jahrhunderten besteht die Grundtendenz Europas, Staaten und Nationen miteinander zur Deckung zu bringen. Nationen, wie sie hier verstanden werden, sind durch Kultur und Sprache definiert. Nationalsprachen galten als Triebkraft und Mittel der Integration. Staatliche Grenzen aber liessen sich kaum je entlang der Sprachgrenze ziehen. Die Kehrseite der Maxime „Ein Staat – eine Nation“ war daher, dass die meisten Staaten nationale Minderheiten beherbergen. Vor allem in Mittel- und Osteuropa kam es nach dem Zusammenbruch des Habsburger Reichs und des Osmanischen Reichs immer wieder zu gravierenden, z.T. blutigen Minoritätenkonflikten. Tiefpunkte waren Deportationen und Massaker zur „ethnischen Säuberung“ im Balkan in den 90er Jahren.

Zum Schutz von Minderheiten wurden internationale Regelungen vereinbart. Minimale Vorkehrungen enthält Artikel 27 des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte. Zwei weiter reichende Regime kamen in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts im Europarat zustande: die Rahmenkonvention zum Schutze nationaler Minderheiten und die europäische Sprachencharta. Nach dem Fall der Berliner Mauer wurde im Rahmen der OSZE die Stelle eines Hochkommissars für nationale Minderheiten geschaffen. Auch bezieht sich der Lissaboner Vertrag der Europäischen Union am Rande auf nationale Minderheiten.

Gesamthaft gesehen klappt im Völkerrecht in Bezug auf Minderheiten eine empfindliche Lücke. Viele Staaten – vor allem in Nord- und Südamerika – verstehen sich als „melting pots“ und kennen keine Tradition zur Sicherung alteingesessener Volksgruppen. Verschiedene Staaten – gerade in Europa – widersetzen sich aus Gründen der staatlichen Souveränität und aus Angst vor möglichen Sezessionsbestrebungen einem Ausbau des internationalen Minderheitenschutzes.

Der Schutz nationaler Minderheiten bedarf aber „à la longue“ der Vertiefung. Ansätze sind

einerseits die Menschenrechte und andererseits das föderalistische Gedankengut (territorial und personell begründete Autonomieregime). Als Handlungsforen stehen der Europarat, die OSZE und nationale Verfassungsordnungen im Vordergrund.

Für die Schweiz ist typisch, dass sie die Nation politisch versteht und den Begriff der „Ethnie“ nicht kennt. Sie besteht nur aus Minderheiten,

weshalb der Begriff der „nationalen Minderheit“ im politischen Vokabular des Landes nicht geläufig ist. Die Schweiz stellt, mit ihren vier Landessprachen, in Europa, aber auch weltweit, einen Sonderfall dar.

Prof. Dr. Daniel Thürer
Mitglied der Europäischen Kommission
gegen Rassismus und Intoleranz
Vizepräsident von CONVIVENZA

DIE HOHE KOMMISSARIN FÜR NATIONALE MINDERHEITEN (HKNM) DER ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA (OSZE)

Ethnische Konflikte sind eine der Hauptquellen von Konflikten und Gewalt im OSZE-Raum. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, beschloss die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, heute die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - OSZE) im Jahre 1992, das Amt eines Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) als Instrument der Konfliktprävention einzuführen.

Dieses Instrument sollte Maßnahmen in einem möglichst frühen Stadium ergreifen, um Spannungen, die im Zusammenhang mit nationalen Minderheiten stehen und potentiell zu gewalttätigen Konflikten führen können, entgegenzuwirken. Der ehemalige niederländische Aussenminister Max van der Stoep wurde als erster Hochkommissar im Dezember 1992 ernannt. Am 1. Juli 2001 übernahm der Schwedische Botschafter Rolf Ekéus das Amt. Von ihm übernahm der ehemalige Norwegische Außenminister Knut Vollebaek die Aufgabe am 5. Juli 2007.

Die neu ernannte Hohe Kommissarin der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM), Astrid Thors, begann ihre erste dreijährige Amtszeit am 20. August 2013. Frau Thors war seit 2004 bis zur Ihrer Ernennung als Hohe Kommissarin Mitglied des Parlaments von Finnland. Sie diente von 2007 bis 2011 als Ministerin für Migration und europäische Angelegenheiten Finnlands und war mehrere Jahre Mitglied des Europäischen Parlaments.

Das Mandat der Hohen Kommissarin beinhaltet die Identifizierung und das Suchen nach Lösungen von Konflikten, die den Frieden, die Stabilität oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten der OSZE gefährden könnten. **Unparteilichkeit, Diskreti-**

on und Zusammenarbeit: Dies sind drei Worte mit denen die Institution des HKNM beschrieben werden kann. Das Amt des Hohen Kommissars ist nicht ein Instrument für den Schutz von Minderheiten *per se* oder einer Art internationalen Ombudsmann, der in Namen von nationalen Minderheiten handelt (darum auch die Wahl des HKNM Titels in der englischen Sprache: ‚OSCE High Commissioner *on* National Minorities‘ und nicht *for*). Es sollte hier vermerkt sein, dass ein angemessener Schutz der Rechte von Personen, die nationalen Minderheiten angehören, wesentlich zum Erfolg eines Staates bei der Minimierung von ethnischen Spannungen beitragen kann. Empfehlungen der Hohen Kommissarin an die Adresse von OSZE Mitgliedsstaaten konzentrieren sich oft auf solche Bedenken, aber sie sind keineswegs auf den Schutz von Minderheitsrechten beschränkt. Die Arbeit der Hohen Kommissarin basiert auf Kooperation und nicht auf Zwang - dies ist entscheidend: Dauerhafte Lösungen sind nur möglich, wenn es ein ausreichendes Maß an Zustimmung der beteiligten Parteien gibt.

Das Ziel des HKNM ist es, einen Prozess des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Parteien zu entwickeln, um konkrete Schritte zur De-eskalation von ethnisch basierten Konflikten herbeizuführen. Das Mandat der HKNM sieht vor,

dass sogenannte „Frühwarnungen“ durch die Kommissarin ausgesprochen werden können, wenn Spannungen eskalieren und in einen Konflikt auszuarten drohen. Dies ist in der Geschichte der Institution zweimal geschehen: in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien im Jahr 1999, und in Kirgistan im Juni 2010.

Das Büro des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten befindet sich in Den Haag und beschäftigt zirka 30 Personen.

Alexander Hug
Abteilungsleiter und Senior Advisor
der Hochkommissarin für Nationale Minderheiten

JUGENDSEMINAR 2014 IN SERBIEN – DIE JUGEND BAUT MIT AN EINEM FRIEDLICHEN EUROPA

Die Schweiz hat sich für ihren OSZE-Vorsitz in enger Zusammenarbeit mit Serbien zum Ziel gesetzt, "eine Sicherheitsgemeinschaft im Dienste der Menschen" zu schaffen. Dabei sollen junge Menschen aus der ganzen OSZE-Region in die Überlegungen einbezogen werden, wie eine solche Sicherheitsgemeinschaft gestaltet werden kann. Entsprechend stellt die Schweizerische Helsinki Vereinigung (SHV) ihre Aktivitäten mit Jugendlichen während dieser beiden Jahre unter den Titel "Die Jugend baut mit an einem friedlichen Europa".

Im Zentrum dieser Aktivitäten stehen ein Jugendseminar in Serbien im September 2014 und ein Fortsetzungsseminar 2015 in der Schweiz, beide mit aktuellen OSZE-Themen. Dazwischen sollen an ein bis zwei "Runden Tischen", an denen auch Jugendliche aus benachbarten Ländern teilnehmen, die am Seminar identifizierten grenzüberschreitenden Probleme vertieft untersucht und mögliche Beiträge der jungen Generation zu deren Lösung erarbeitet werden. Empfehlungen sollen dann in das Seminar 2015 in der Schweiz einfließen.

Das Seminar im September 2014 wird rund 40 Jugendliche aus der Schweiz und aus allen Bevölkerungsgruppen Serbiens zusammenbringen. Die direkte Begegnung soll die gegenseitige Akzeptanz und das gegenseitige Vertrauen stärken und damit den Dialog, das Zusammenleben und die Zusammenarbeit zwischen Serben, Albanern, Roma und andern Minderheiten in der Region fördern, sowie die jungen Schweizer für die Probleme im Westbalkan sensibilisieren, sie zur Mitwirkung bei den Diskussionen aus schweizerischer Perspektive und Erfahrung anregen und ihnen die Vernetzung mit engagierten Jugendlichen in Serbien ermöglichen.

Unsere Vorgehensweise ist praxisbezogen. Die Teilnehmenden sollen die OSZE-Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten besser kennen lernen und dabei die Fähigkeit erwerben, bei deren Umsetzung im Innern ihres Landes und zur Lösung grenzüberschreitender Konflikte mitzuwirken und so zur Versöhnung und zum Aufbau der angestrebten "Sicherheitsgemeinschaft im Dienste der Menschen" beizutragen. Schon im Vorfeld des Seminars sollen die Jugendlichen ihre Anliegen und Ideen vorbringen, damit sie Eingang in die Workshops finden können. Die Workshops werden jeweils von je einer Expertin oder einem Experten aus Serbien und der Schweiz gemeinsam vorbereitet und geleitet. Mit Rollenspielen und Fallstudien sollen Vorurteile und Feindbilder illustriert sowie Modelle für gewaltlose Konfliktlösungen auf der Basis gemeinsamer Interessen entwickelt und Strategien zu deren Durchsetzung präsentiert werden. Die Jugendlichen sollen Projekte entwerfen, wie die Zivilgesellschaft wirksamer Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger zur Lösung von Alltagsproblemen nehmen kann, unter Vermeidung der üblichen Politisierung von Sachfragen.

Die Arbeit wird in die vier folgenden Workshops aufgeteilt:

Menschenrechte und Demokratie: Verpflichtungen aus den OSZE-Dokumenten im Bereich Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, deren Umsetzung namentlich im Interesse der Menschen und zum Schutz des Einzelnen, mit Beispielen von relevanten Fällen aus Serbien und der Schweiz.

Konfliktprävention und Konfliktlösung mit friedlichen Mitteln: Konkrete Konfliktanalysen, unter Einschluss der Medien, Methoden und Instrumente der Konfliktbewältigung und Grundlagen für eine dauerhafte Versöhnung.

Nationale und andere Minderheiten: Mehrheiten und Minderheiten in der Demokratie, Rechte und Schutz der Minderheiten sowie Integration der Minderheiten.

Rolle der Jugendlichen in der Zivilgesellschaft: Zivilgesellschaft als Basis für die Demo-

kratie von unten nach oben, Zivilgesellschaft als Forum für die Anliegen der Jugendlichen und als Verbindungsglied zu Behörden und Politik, Zivilgesellschaft als Brücke über die Grenzen hinaus zum Abbau von Vorurteilen und Aussöhnung mit den Nachbarn.

Die nächsten Schritte sind nun die Bestimmung des Ortes und der Teilnehmenden, wobei wir dank unserer bisherigen Tätigkeit mit Jugendlichen im Westbalkan schon über ein gewisses Netzwerk verfügen. Wir wissen, dass die aufgelisteten Themen anspruchsvoll sind, aber wir sind auch überzeugt, dass die junge Generation sich ganz besonders Frieden und Sicherheit im eigenen Umfeld wünscht, um ihre Zukunft in freier Entscheidung gestalten zu können.

Marianne von Grünigen

ZWEI JAHRZEHNTE MINISTER- UND GIPFELKONFERENZEN DER OSZE

EIN RÜCKBLICK ZUM ZWEITEN VORSITZJAHR DER SCHWEIZ 2014 UND ZUM MINISTERRAT IN BASEL

Die „KSZE“ (Konferenz für Sicherheit & Zusammenarbeit in Europa) – als Vorläuferin der OSZE im Kalten Krieg entstanden – war eine *Konferenz* aus 35 Teilnehmerstaaten, die sich *periodisch*, meist nur auf *Diplomatenebene*, in einer der europäischen Hauptstädte trafen.

Im „Neuen Europa“, das aus dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des Ostblocks, übernahm diese paneuropäische Konferenz eine aktive, ja führende Rolle bei der demokratisch-marktwirtschaftlichen Transformation sowie beim Aufbau unabhängiger Staaten im östlichen Europa. Zu diesem Zweck wurden in den 1990er Jahren *ständige Organe mit festem Standort* geschaffen, und die „Helsinki“-Konferenz in „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ umbenannt. Am Hauptsitz in Wien unterhält auch die Schweiz eine ständige Delegation (seit 1993). Unter dem jährlich wechselnden Vorsitz liegt seither die politische Leitung der **OSZE** bei der *Jahreskonferenz* der Aussenminister (Minister-

rat) oder gar der Staats- und Regierungschefs (Gipfel); mit den laufenden Geschäften befasst sich wöchentlich der Ständige Rat (Botschafter). Nach dem *Gipfel* von **Paris 1990** trafen sich, meist in der Hauptstadt des Vorsitzlandes, praktisch jedes zweite Jahr die Chefs und dazwischen die Minister. Doch im neuen Jahrhundert kam neben dem jährlichen *Ministerrat* kein Gipfel mehr zustande bis zu dem von **2010 in Astana**.

Die Gipfel der 1990er Jahre folgten in Helsinki (92), Budapest (94), Lissabon (96/**CH**) und Istanbul (99/**NW**); dabei hatten sich Portugal und die Türkei angeboten, die beiden EFTA-Länder Schweiz und Norwegen vom Aufwand der Gipfelkonferenz in ihrer Hauptstadt zu entlasten. Am

Ende des Vorsitzjahres der Schweiz wurde auf dem Gipfel von **1996 in Lissabon** u.a. folgendes beschlossen:

- Erklärung über das „gemeinsame, umfassende Sicherheitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert“ (nach dem Zerfall von Warschau-Pakt und Sowjetunion sowie anstelle der NATO-Osterweiterung sollte die OSZE zur paneuropäischen Sicherheitsorganisation werden);
- „Rahmen für Rüstungskontrolle“ und Abrüstung sowie vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen (zur Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa /**CFE** 1990).

In das **Vorsitzjahr 1996** fielen auch wichtige Massnahmen der OSZE (Chairman-in-Office Flavio COTTI) bezüglich Ex-Jugoslawiens, bes. zur Umsetzung des Dayton-Friedensvertrages für **Bosnien-Herzegowina** (u.a. OSZE-Mission mit Wahlbeobachtungen, logistisch unterstützt von Schweizer „Gelbmützen“). Im folgenden Jahr wurde mit dem *Beauftragten für Medienfreiheit* (1997) eine dritte OSZE-Institution zur Förderung der Menschlichen Dimension (III.Korb von Helsinki) geschaffen (neben ODIHR für *Demokratie und Menschenrechte* sowie Hochkommissar für *Nationale Minderheiten*, seit 1990/92).

Der OSZE-Gipfel von **1999 in Istanbul** brachte zum Ende des Jahrhunderts reiche Ernte ein: In der *Politisch-Militärischen Sicherheit* (I.Dimension) wurden drei wichtige Etappen erreicht:

- 1) die „Europäische Sicherheitscharta“ sowie die „Plattform für kooperative Sicherheit“;
- 2) Aktualisierung des „Wiener Dokuments“ (90/92/94) über Vertrauens- und Sicherheitsbildung;
- 3) Anpassung des *Rüstungskontroll-Vertrages* (**CFE** 1990) an die neuen Staats-und Bündnisgrenzen.

Neben *Konflikt-Prävention* und friedenserhaltenden Operationen (Feldpräsenzen in Westbalkan, Osteuropa und Kaukasus) wurde auch die *Menschliche Sicherheit* (III.Dimension) verstärkt, u.a. bzgl. Wahlbeobachtung, Medien, nationale Minderheiten, Sinti und Roma.

In den **2000er Jahren** nach Istanbul kamen in der OSZE *erneut Spannungen mit Russland* u.a. autoritären Staaten auf. Sie nahmen durch aktive Feldpräsenzen in Osteuropa (Ex-Sowjetrepubliken) sowie durch die Weiterent-

wicklung der III.Dimension eher zu und liessen sich kaum neutralisieren durch Massnahmen der Wirtschaft/Umwelt-(II.)Dimension sowie der nichtmilitärischer Sicherheit (bes. Anti-Terrorismus). Daher entsprachen die oft überfrachteten *Aussenministerräte* nur bedingt dem realen Fortschritt vieler OSZE-Staaten bei der Umsetzung eingegangener Verpflichtungen. Während die **USA**, die **EU-** u.a. westliche Staaten (inkl. CH) höchsten Wert auf die *Menschliche Sicherheit* (III.Dim.) legen, setzt Moskau bis heute die Priorität bei der *klassischen Sicherheit*. Hier fühlte es sich vom Raketenabwehr-System der **USA** bedroht, während der Westen die *Ratifikation des revidierten CFE-Vertrages* vom Truppenrückzug aus den *Konflikt- und Sezessionsgebieten südlich von Russland* abhängig machte. Enormen Einsatz leistet die OSZE seit 1999 im von Serbien getrennten **Kosovo**, wo die grösste Feldmission aber zunehmend Konkurrenz von der EU-Diplomatie erhält. Den tragischen „Sezessionskrieg“ von 2008 zwischen **Georgien** und **Russland** konnte die OSZE nicht verhindern.



Gipfel in Astana (KA) 2010: Einblick ins Plenum mit EDA-Chefin M. CALMY-REY (und Btr. T. Greminger, ganz links Tschechiens AMin. K. v. Schwarzenberg)

11 Jahre nach Istanbul kam **2010 in Astana** wieder ein OSZE-Gipfel zustande. Dieser war trotz fehlender Beschluss-Substanz (nur Gedenk-Erklärung „auf dem Weg zur Sicherheitsgemeinschaft“) vom Präsidenten **Kasachstans** durchgesetzt worden, das gegen westlichen Widerstand jahrelang um den OSZE-Vorsitz gekämpft hatte.

Auch die anschliessenden Aussenminister-Räte unter westlichem Vorsitz (EU-Staaten) erreichten nur bescheidene Erfolge:

Vilnius 2011 (LI): u.a. - weiteres OSZE-Engagement in **Afghanistan** sowie engere Zusammenarbeit mit allen mediterranen und asiatischen *Kooperationspartnern*;

- Aktualisierung 2011 des „*Wiener Dokumentes*“ über Vertrauens- und Sicherheitsbildung.

Dublin 2012 (IR): - MR-Beschluss über *Sukzessiv-Vorsitz* der Schweiz/2014 und Serbiens/2015;

- Aufnahme der **Mongolei** als 57. Teilnehmerstaat (bisher asiatischer Kooperationspartner);

- Lancierung „*Helsinki +40*“-Prozess zur institutionell-politischen Stärkung der OSZE (bis **2015**).

Der jüngste Ministerrat in **Kiew 2013** fasste nach dreijähriger Pause wieder Beschlüsse zu

allen drei Dimensionen, d.h. auch zur *Menschlichen Sicherheit* (Menschenhandel, Roma & Sinti, Gedanken- & Glaubensfreiheit). Von der **Ukraine** geht der OSZE-Vorsitz für **2014** an die **Schweiz**, die 2013-15 auch der *Troika* angehört (ab 2014 mit Serbien). Als *CiO* wird Bundespräsident Didier Burkhalter zum Abschluss des Schweizer Vorsitzjahres auch den *Ministerrat* in **Basel** präsidieren.

Dr. phil. Rolf Stücheli
(Minister der Schweizer
OSZE-Delegation in Wien, 2005-10)

WECHSEL IM VORSTAND

Vorstellung eines neuen Vorstandsmitgliedes: Okan Uzun



Okan Uzun

Wir freuen uns, Okan Uzun als neues Mitglied im Vorstand willkommen heissen zu dürfen. Er ist in Windisch aufgewachsen und hat in Wettingen die Kantonsschule besucht. Während der Schulzeit verbrachte er ein Austauschjahr in Australien. Nach verschiedenen Sprachkursen, u.a. in Mexico, studierte er an der Universität Genf Internationale Beziehungen.

Daran anschliessend bildete er sich während je eines halben Jahres bei der schweizerischen Botschaft in Pristina/Kosovo und bei Economie-

suisse in Brüssel weiter und wurde ab Herbst 2013 zum Masterstudium beim Institut des Hautes Etudes Internationales et du Développement in Genf zugelassen.

Neben seinem Studium hat er verschiedentlich gearbeitet, z.B. als Tour Guide in der UNO Genf, und an zahlreichen Kursen, Seminaren, Reisen - teilweise als Reiseleiter - teilgenommen.

Wir haben Okan Uzun erstmals 2011 als schweizerischen Teilnehmer am Jugendseminar in Jajce/BiH kennen gelernt. Er wirkte auch bei den beiden folgenden Seminaren mit Jugendlichen aus Bosnien und Herzegowina mit, zuletzt in Solothurn, und zeichnete sich als fundierter, ideenreicher und menschlich zugänglicher, offener Teamplayer aus. Er wird die junge Generation in unserem Vorstand vorbildlich ergänzen.

Marianne von Grünigen

JAHRESVERANSTALTUNG 2014

Wir laden herzlich ein zu unserer diesjährigen Jahresveranstaltung
am Donnerstag, 20. März 2014 um 18:15 Uhr
im **Auditorium Maximum** der **Universität Bern**

zum Thema

MINDERHEITEN IM OSZE-RAUM

RECHTE, SCHUTZ, INTEGRATION

Begrüssung	Dr. iur. Marianne von Grünigen , a.Botschafterin, Präsidentin der SHV
Einführungsreferate	Prof. Dr. Daniel Thürer , Mitglied der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, Vizepräsident der Stiftung Convivenza - Zentrum für Minderheiten Alexander Hug , Abteilungsleiter und Senior Advisor der OSZE- Hochkommissarin für Nationale Minderheiten in Den Haag
Diskussion	Prof. Dr. Daniel Thürer Alexander Hug Christa Markwalder , Vizepräsidentin des Nationalrates, ehem. Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission Romedi Arquint , Präsident <i>ad interim</i> der Stiftung Convivenza, ehem. Grossrat des Kantons Graubünden Sophie Heegaard Schroeter , Expertin für Minderheitenfragen in der DV, EDA
Moderation	Prof. Dr. Laurent Goetschel , Direktor der Stiftung Swisspeace, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel
Die Veranstaltung ist öffentlich, Gäste sind willkommen	

SPENDENAUFRAF

Wir danken all jenen Gönnerinnen und Gönnern, die uns Ende 2013 wiederum grosszügige Spenden zukommen liessen. Jeder Beitrag, gleichgültig wie hoch er ist, zeigt uns Ihr Interesse an unserer Arbeit und hilft uns, sie weiterzuführen. Wir begreifen Ihre finanzielle Unterstützung auch als Anerkennung unserer Bemühungen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte im OSZE-Raum dort zu fördern, wo Reformen am nötigsten sind. Unsere positiven Erfahrungen mit den jungen Menschen in Bosnien und Herzegowina ermutigen uns, Ihre Projekte weiter zu begleiten. Im OSZE-Vorsitzjahr der Schweiz widmen wir uns an unserer Jahresveranstaltung der Frage der Minderheiten im OSZE-Raum und organisieren unter dem Titel „Die Jugend baut mit an einem friedlichen Europa“ 2014 und 2015 je ein Jugendseminar in Serbien und der Schweiz mit dem Ziel, mit den Jugendlichen einen Beitrag zur Versöhnung im Westbalkan zu leisten. Wie Sie sicher wissen, arbeiten die Mitglieder des Vorstandes ehrenamtlich und engagieren sich persönlich für die Erstellung und Durchführung unserer Projekte. Schon jetzt danken wir Ihnen für Ihre Unterstützung auch im Neuen Jahr.

Schweizerische Helsinki-Vereinigung

Sekretariat: Netzwerk Müllerhaus	Bleicherain 7 CH-5600 Lenzburg Email info@shv-ch.org	Telefon 062 888 01 75 Telefax 062 888 01 01 www.shv-ch.org	PC-Konto 80-60501-5 Projektkonto SENZOR: HBL Lenzburg CH74 08307000 2505 5730 4
Vorstand: Marianne von Grünigen Präsidentin	Olivier Battaglia Fabian Hunold Berry Kralj Christoph Lanz Malcolm MacLaren	Franziska Rich Hanspeter Spörri Rolf Stücheli Daniel Thürer	Hans Martin Tschudi Okan Uzun Nicole von Jacobs Hans Widmer